

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontor: Gebr. Arnhold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Alttadt

Bezugpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2500.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vierpaltige Nonpareilzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die sechspaltige Nonpareilzeile 800.— M., auswärts 8500.— M., Ausland 8500 u. 12000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Gros. Abt. für Buchvertrieb, 300 M.

Nr. 139

Dresden, Montag den 18. Juni 1923

34. Jahrg.

Hinter der Maske des Nationalismus

Doch dieser deutsche Zukunftsbaui, Kocht' alles überragen, Was meine Nase je geahnt, Ich launt' es nicht länger extragen. (Heine, „Wintermärchen“.)

Die Zeitbeule, die aus der Münchener „Ordnungszeile“ herausgewachsen ist, wurde durch den (noch nicht abgeschlossenen) Fuchs-Wachhaus-Prozess zwar nicht aufgestochen — dazu fehlt noch viel — aber doch gehörig angeblödet. Und was bei diesem Stich herausprägte an Niedertracht, Intrigenpiel, geistiger und sittlicher Verrohung, das ist so stark, daß sich die Welt die Nase zuhalten möchte. Aber mit Empfindlichkeit ist hier nichts geschafft. Die Dinge müssen, so widerlich sie sind, einer genauen Betrachtung unterzogen werden, schon damit die Welt einmal erjähret, wem niedrigeres Treiben sich unter der Maske des böllischen Nationalismus verbirgt.

Die Ausgewiesenen und Gehängten — das letztere zum Teil in des Wortes ursprünglicher Bedeutung — sind auch hier natürlich die Kleinen und Unbedeutenden, die Fuchs, Wachhaus, Kühles, Berger usw. Andre haben mitgemacht, angeblich um die Fäden der Verschwörung in der Hand zu behalten und zur gegebenen Zeit auszuwickeln. Ob bei allen diesen nur solche reine Motive vorhanden gewesen sind, ob nicht z. B. der Regierungsbeamt a. D. Schöner, der den fröhlich anstehenden Agent provocateur machte, mehr zu den Vorsichtigen gehört hat, die sich beizeiten in die Büchse schlugen, als die Sache brenzlich wurde, ist noch eine große und offene Frage. Und selbst der „Reinste der Reinen“, Kapitänleutnant a. D. Kautter — übrigens ein Intimus Ehrhardts und Hauptakteur beim Kopp-Busch — hat sich seinen Augenblick schmeichelt, das von Fuchs und Wachhaus übermittelte Franzosengeißel anzunehmen und an die nationalen Verbände weiterzuleiten, ohne sich einen Augenblick Strupel zu machen daß er auf diese Weise eine nationalsozialistische Bewegung mit französischem Gelde finanzierte. Ihm genügt als stiller Krost, daß das Geld in dem Sinne der Franzosen verwendet wurde. Was würden diese „nationalen“ Herren für ein Gelächel erhoben haben, wenn der — undenkbar — Fall eingetreten wäre, daß die Sozialdemokratie in ähnlicher Weise Franzosengeißel in die Finger bekommen und für sich verwendet hätte?

Aber für jene Kreise, die alle Augenblicke den deutschen Geldgeist gegen den englischen oder jüdischen Gängelergott zitierten, gilt mehr als für alle andern das Goethe-Wort: Im Golde hängt zum Golde drängt alles. Da treten Typen auf, wie der nationalsozialistische Anführer Stuhlauer, der die Aktion des Wachhaus mitmacht, weil sie gegen die Juden gehe und er bei dieser Gelegenheit sein von einem Juden geerbtes Grundstück als Eigentum an sich zu reißen hofft. Und selbst der wild gewordene Tscheka-Führer Dr. Ruge, von dem Uhlend getrunzen Jütte „und was er sintt, ist Blut“, vergißt nicht, sich anderthalb Millionen in ausländischen Devisen (!) als Sicherheit für seine Familie auszubedenken.

Und wie geht es sonst in der Kumpanei zu? Weibstrafen des einen gegen den andern bis zum äußersten, ständige Furcht vor Verros und als probates Mittel hiergegen: harte Mordbereitschaft gegen jeden Verdächtigen. So berichtet Herr Kautter von einer Verhörsitzung in Schleißheim: Die Stimmung war äußerst gespannt. Wir waren vielleicht alle etwas nervös geworden. Infolgedessen sahen beide Parteien mit Pistolen in der Tasche da, und man wußte nicht, ob es nach den Drohungen des Wachhaus zu Auseinandersetzungen kommen würde. Bei andern Gelegenheiten hat es an solchen „Auseinandersetzungen“ nicht gefehlt. Die Tscheka des Herrn Ruge war kein Hirngespinnst. Ruges eigener Privatsekretär, der Student Baur (derselbe, der das Attentat auf Scheidemann plante), wurde eines Tages als Leiche aus der Nar gezogen. Er ist nicht der einzige, der rätelhaft um Leben kam. Es sei nur daran erinnert, daß die Feme einige Zeit vorher den Hörslein beseitigt hat, der sich nämlich des Attentats auf Erbacher begünstigte, aber daraufhin sofort vor dem deutschnationalen Osnabrücker Parteisekretär Landwehr und dem deutschösterreichischen Abgeordneten Henning sowie von zwei deutschnationalen Fabrikarbeitern mit Geld und solchen Wäffen ausgerüstet wurde. Ebenso wurde eine Münchener Studentin ermordet, die an der Hörslein-Affäre beteiligt war.

Interessant ist auch die Liste der neuen Opfer, die für den Fall des Ruffsches aussersehen waren. Bald sollte der General W o e h l „umgelegt“, bald der Minister Soden aufgehängt, sonar der sicherlich nicht allzu franzosenfeindliche Dr. S e i m sollte in die Donau geworfen werden. Herr Ruge hatte den deutschösterreichischen Reden Dietrich G e r t auf Korun genommen, weil dieser den Hitler zu sehr breute, und Wachhaus versicherte des öfteren, daß noch eine ganze Reihe von Leuten „umgelegt“ werden müßte. Wöhner, Epp und Raab, die als Diktatoren aussersehen waren, sollten mit vorgehaltener Pistole vor Annahme dieses Amtes gezwungen werden, wie denn überhaupt die physische Bedrohung des Gegenüber der übliche Verkehrston in dieser Gesellschaft zu sein scheint.

Dazu könnte man freilich das grimmig humorvolle Wort aus den „Brüder Karamasoff“ zitieren: „Das Geschehen wird sich gegenständig aufreissen.“ Aber die Sache hat doch ihre bedeutenden ernsteren Seiten. Wenn es auch scheint, als ob der Verhandlung vor dem Münchener Volksgericht

diesmal keine Bügel angelegt seien, so bemerkt man doch sofort eine Wand des Widerstandes, sobald es sich darum handelt, nicht nur die Schuld der vorgeschobenen Marionetten nachzuweisen, sondern in die Tiefen des Ordnungsumpfes hineinzuleuchten. Bis jetzt ist die Frage noch nicht zellert, warum der bayerische Innenminister Schöner und sein Polizeipräsident Kopp, der Nachfolger Wöhners, den französischen Agenten Richter durch die Lippen gehen ließen, obwohl der Zeuge kautter sich anheißig gemacht hatte, den Richter innerhalb weniger Stunden der bayerischen Regierung „ans Messer zu liefern“. Die Gründe, die Herr Schöner im bayerischen Landtag für sein Bögen angegeben hat, sind nicht im mindesten überzeugend. Sie schlagen jedenfalls die Frage nicht nieder: Was mußte Richter und welche Persönlichkeiten hätte er kompromittiert, wenn er verhaftet worden wäre! Wiltunter legte aber dennoch die Verantwortung diesen oder jenen Faden bloß, der von den Angeklagten zu höheren Stellen führte. Der Angeklagte Fuchs rühmte sich, mit dem ehemaligen Münchener Polizeipräsidenten Pöhner und dem Oberamtmann Frid seit Jahren bekannt und vertraut zu sein. Wöhner und Frid, so behauptet Fuchs, seien über seine Beziehungen zu Richter seit 1921 im Bilde gewesen. Fuchs hat auch keine Bedenken getragen, dem Oberamtmann Frid seine hochverräterischen Pläne am 26. Februar 1923 bis ins kleinste Detail zu entwickeln. Offenbar rechnete er bei dieser amtlichen Stelle auf volles Verständnis für seine verbrecherischen Separationspläne. Doch noch weitere Namen tauchen auf. Es entsteht einen Augenblick Spannung, als der Verteidiger, Graf Vestaloga, sich zur Verteidigung seines Klienten gezwungen sieht, nun auch den ehemaligen Kronprinzen Ruprecht als Zeugen zu haben, so wenig er auch als Monarchist das Haus Wittelsbach kompromittieren möchte. Fuchs behauptet nämlich, vom Kronprinzen Ruprecht einmal beauftragt gewesen zu sein, die Entsendung eines französischen Gesandten zu einer politischen Aussprache zu bewirken!

Hat er recht, läßt er? Wir wissen es nicht, da das Gericht dies heiße Eisen schweigend fallen läßt. Aber wäre es wahr, — so wäre Ruprecht keineswegs der einzige hochgestellte Mann in Bayern gewesen, der Beziehungen zu französischen Emigranten angeknüpft hatte. Dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Herrn Dr. Heim, ist solche Anknüpfung nachgewiesen, wenn er sie auch als patriotische Tat auszuweisen sucht. Das mag sein, wie es will. Aber eins steht bombensicher: die Separationspläne, die Fuchs und Genossen spannen, sind schon viel früher im Kopf des Dr. Heim und anderer „nationaler“ bayerischer Größen ausgeheckt worden. Dr. Heim war es, der bereits im Dezember 1918 in einem oft zitierten Artikel die zeitweise Abtrennung Bayerns vom Reich und seine Verbindung mit Tirol, Salzburg und Vorarlberg zu einem selbstständigen Staatswesen forderte. Und der Führer des bayerischen Ordnungsbloks, Dr. Paul Tafel, hat noch am 3. November 1921 in einer Ausschußsitzung des Ordnungsbloks erklärt, Bayern müsse sich an Frankreich anlehnen. So haben denn Fuchs und Wachhaus nur plumper und ungeschickter ins Werk zu setzen versucht, was die führenden

Köpfe des bayerischen Nationalismus jetzt langsam pflanzen. Dafür, daß sie kleine Diebe sind, hat man sie geängelt. Die großen laufen nach wie vor unbehelligt herum. Und wenn man dazu den Prozeßbericht liest, mit welcher Sicherheit und Selbstverständlichkeit hier fortwährend von der Mobilisation der Ehrhardt-Brigade, der Nationalsozialisten und der verschiedenen Bünde geredet wird, dann begreift man, daß die von Bayern drohenden politischen und moralischen Gefahren noch immer riesengroß sind.

Ein fetter Happen

Die Völkerbundanleihe, die den Oesterreichern vor etwa neun Monaten versprochen wurde, ist jetzt in London und New York ausgelegt und in wenigen Minuten gezeichnet und überreicht worden. Aber nur um einen außerordentlich hohen Preis hat Oesterreich diese Anleihe erhalten: um den Preis seiner finanziellen Selbstständigkeit.

Oesterreich erhält von der Entente 605 Millionen Goldfronen geborgt, muß aber 745 Millionen, das heißt ein Viertel mehr zurückzahlen. Dazu kommen die hohen „Kommissionsgebühren“, die die Banken, und etwa acht Prozent Zinsen, die die Gläubiger erhalten. Da die Anleihe völlig sicher ist — der österreichische Staat mußte seine Einnahmen aus den Zöllen und dem Tabakmonopol verpfänden und alle europäischen Großmächte haben Bürgschaft geleistet — ist es kein Wunder, daß die englischen und amerikanischen Kapitalisten sich gierig auf diesen fetten Happen gestürzt haben.

Aber Oesterreich bekommt nicht etwa diese 605 Goldfronen ausgezahlt, sondern davon werden die „Vorhüsse“ abgezogen, die England, Frankreich, Italien und Tschechoslowakien im Jahre 1922 gewährt haben. Das sind insgesamt 287 Millionen Goldfronen. Uebrig bleiben demnach nur 318 Millionen. Dabei hatten sich im Genier Vertrag England und Frankreich mit einem „prozentweisen (stufenweise steigenden) Rückzahlungsschlüssel“ einverstanden erklärt, das heißt, sie sollten jetzt nur einen Teil der Vorhüsse zurückzahlen und die 80 Millionen, die Tschechoslowakien vorgezahlt hatte, sollten überhaupt nicht aus der Anleihe gezahlt werden. Aber die bürgerliche Regierung in Wien hat allen drei Mächten den gesamten Vorkauf aus dem Anleiheerlös zurückgezahlt (oder zurückzahlen müssen). Daher bleiben nur die 318 Millionen Goldfronen übrig. Das sind 4,6 Millionen Papierfronen. Wieviel oder wie wenig das ist, erkennt man daraus, daß die durchaus nicht unbedeutenden Forderungen die eine bürgerliche Beamtenorganisation jetzt der Regierung gestellt hat, mehr als zwei Millionen Kronen im Jahre kosten würden. Für einen etwa doppelt so großen Betrag hat also die bürgerliche Regierung Seipel die finanzielle Selbstständigkeit Oesterreichs verhandelt.

Die österreichische Völkerbundanleihe ist auch für Deutschland eine ernste Warnung. Wird man doch auch uns mit einer solchen oder ähnlichen Anleihe beglücken wollen, deren Bedingungen uns unter die Finanzhoheit der Entente bringen würden. Und da wir noch den bisherigen Proben der Regierungslust des Herrn Cuno kaum erwarten dürfen, daß er uns vor dem Schicksal unseres österreichischen Brudervolkes zu bewahren weiß, so bedarf es der größten Aufmerksamkeit und der ganzen Tatkraft der deutschen Arbeiterschaft, einen solchen Schlag der Entente abzuwehren.

Der Umsturz in Bulgarien

Die Vorgänge in Bulgarien sind noch immer in Dunkel gehüllt. Vor allem ist noch nicht klar zu sehen, wer die eigentlichen Drahtzieher und das heißt zugleich die Hauptkräfte der Revolution in Bulgarien sind.

Zunächst erschien der Umsturz ein Kampf gegen die brutale Bauerndiktatur Stambuljiffis, ein Kampf aller andern Klassen gegen die „Diktatur des Dorfes“ zu sein. Denn Stambuljiffi stützte sich allein auf die Bauernschaft, die allerdings in Bulgarien die gewaltige Mehrheit — über Dreiviertel — der Bevölkerung ausmacht. Seine Gewaltherrschaft, mit Ansnahmegelegen und unter brutaler Verfolgung, Verhaftung, Verprügelung und Ermordung seiner Gegner durchgeführt, richtete sich sowohl gegen das städtische Bürgertum und gegen das nationalsozialistische Offizierskorps wie gegen die Arbeiterklasse, die mit allen Mitteln des Terrors unterdrückt und niedergehalten wurden. Man kann sagen, daß Stambuljiffi an dem Versuch gescheitert ist, zugleich gegen rechts und gegen links, gegen das Bürgertum und gegen das Proletariat zu regieren.

Allem Anschein nach spielt aber bei dem Umsturz noch etwas andres mit: der Kampf zwischen monarchistischen und republikanischen Strömungen. Die gestürzte Bauerndiktatur war keine Rechtsdiktatur. Es waren auch starke demokratische Elemente in ihr vorhanden. Das geht schon aus ihrer durchaus friedlichen Außenpolitik hervor, stärker aber noch aus ihrer Politik im Innern: sie teilte den Großgrundbesitz auf, sie glich dem städtischen Kapital rückwärtslos zu Leibe, sie rechnete mit den Kriegsschuldigen ab, und — sie hob die Vorrechte des Königs auf. Ja, die Freunde des gestürzten Ministerpräsidenten behaupten, er habe sogar die Absicht gehabt, die Monarchie zu beseitigen und die Republik auszurufen. Dies wurde zunächst von der neuen bulgarischen Regierung bestritten, wird aber jetzt durch ihre eigenen Meldungen bestätigt:

Die im Wohnhaus Stambuljiffis in Sofia sowie auf seinem Gut vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben zur Aufdeckung eines Plans zur Ausrufung der Republik geführt, dessen Durchführung für den 12. September geplant war. Es war beabsichtigt, zur Teilnahme der an diesem Tage geplanten Einweihung einer neuen Kirche 100 000 Bauern nach Sofia zu bringen, die mit Waffen versehen werden sollten. Während der Festlichkeiten sollte der König zur Abdankung gezwungen und Stambuljiffi zum Präsidenten der Republik ausgerufen werden.

Dadurch gewinnen auch die andern Meldungen an Wahrscheinlichkeit, daß der Umsturz nicht nur von dem jetzigen Zaren Boris unterläßt, sondern von seinem Vater, dem Erz-Zaren Ferdinand, und der Dynastie gemeinsam mit der Offizierskamarilla in Szene gesetzt worden ist. Wahrscheinlich wird es daher innerhalb der neuen Regierung noch zu scharfen Auseinandersetzungen über den Regierungskurs kommen. Und der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung dürfte aus der Absicht hervorgegangen sein, das Regierungsschiff nach links zu steuern. Dem widerspricht allerdings folgende Mitteilung, die wir von der Redaktion unseres Parteiblattes in Sofia erhalten und die bereits von einem ausgeprochenen Linkskurs der neuen Regierung spricht:

Sofia, 16. Juni. Der Umsturz ist vollständig gelungen. Die anfangs auftauchenden letzten Widerstände sind gebrochen. Alle Bauernführer wurden verhaftet. Innachst der Bevölkerung von Stadt und Land herrscht allgemeine Freude; sie hat volles Vertrauen zur Koalitionsregierung. Innerpolitisch bedeutet der Umsturz einen Bruch mit der bisherigen Politik. Die Innenpolitik der neuen Regierung ist links orientiert. Die Sozialdemokratie unterstützt das neue Kabinett, um die Einwirkung zu sichern und zu festigen.

Noch andern Meldungen ist die Kunde noch keineswegs wiederhergestellt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Bauern, die von Stambuljiffi militärisch organisiert worden